

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

201 (26.7.1920) Erstes Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verlag: Schmittsche Buchverlagsanstalt, Karlsruhe, Kaiserstr. 1. Preis: 1.20 M. pro Quartal, 3.60 M. pro Halbjahr, 7.20 M. pro Jahr. Abonnement für den Ausland: 1.80 M. pro Quartal, 5.40 M. pro Halbjahr, 10.80 M. pro Jahr. Druck: Schmittsche Buchverlagsanstalt, Karlsruhe, Kaiserstr. 1. Drucknummer: 117. Jahrg. Nr. 201. Montag, den 26. Juli 1920. Erstes Blatt.

## Die Wirtschaftslage in Italien.

Wer nicht aus eigener Erfahrung die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, wie sie dort seit Bekämpfung der Feindseligkeiten herrschen, kennen gelernt hat, kann kaum beurteilen, wie weit schon die Stützen, auf denen Handel und Industrie Europas bisher ruhten, untergeben sind. Europa selbst kommt es nur recht langsam zum Bewußtsein, welche Schwierigkeiten noch zu überwinden sind, bis auch nur annähernd wieder eine normale Lage geschaffen sein wird. Dies trifft in ganz besonderem Maße für Italien zu, wo die Erfordernisse des Krieges nicht nur die industrielle Leistungsfähigkeit des Landes bis aufs äußerste anspannten, sondern auch eine so schnelle Ausdehnung nach mancher Richtung mit sich brachten, daß die Auswertung dieser neuen Vorteile ein von der bloßen Umstellung auf das alte Wirtschaftsleben vor dem Kriege völlig verschiedenartiges Problem darstellt. Wie in allen europäischen Staaten, schreibt Lloyd's List, so ist auch Italiens dringendstes Bedürfnis Steigerung der Produktion auf allen Gebieten. Der Warenmangel ist so groß, daß die Preise fast gar keine Rolle mehr spielen und zusehends steigen, ohne daß der Konsum dabei etwas zurückgeht. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Entwicklung der natürlichen Rückwirkung der im Kriege freiwillig oder unfreiwillig erduldeten Entbehrungen zuzuschreiben. Doch sprechen auf der anderen Seite alle Anzeichen dafür, daß dieser Zustand des vermehrten Konsums fortbauern wird. Millionen der bäuerlichen Bevölkerung, die bisher des allerbestehenden Landlebens führten, sind zugleich mit ihrem wachsenden Verdienste aus der Landwirtschaft an einen höheren „standard of life“ gewöhnt worden, wodurch es zahlreiche neue Wünsche und Bedürfnisse zu befrichtigen gilt. Dies begünstigt umso größeren Schwierigkeiten, als die beiden Länder, die vor dem Kriege mit zu den Hauptlieferanten Italiens sowohl für Rohstoffe wie für Fertigerwaren zählten, nämlich Deutschland und Österreich-Ungarn, heute als solche zunächst noch kaum in Betracht kommen, sobald vieles, was früher aus den genannten Staaten bezogen wurde, zurzeit aber wegen des ungünstigen Wechselkurses im übrigen Ausland nicht gekauft werden kann, im eigenen Lande hergestellt werden muß und so die lokale Produktion überlastet. Dazu kommt ferner noch, daß zur Beschaffung der für die notwendigsten Bedarfsartikel erforderlichen fremden Zahlungsmittel Waren in erheblichem Umfange ins Ausland wandern, dem heimischen Markt also entzogen werden und damit den Konsum weiter außerordentlich erschweren.

Nicht ohne Ausnahme hat die italienische Industrie zweifellos eine bewundernswürdige Mühseligkeit erlitten und entfaltet sie auch heute noch, obwohl sie auf dem Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit, der unter günstigeren Umständen hätte erreicht werden können, noch nicht angelangt ist. Das ernsteste Hindernis liegt in der unzureichenden Zufuhr von Rohstoffen, hauptsächlich Kohle und Eisen. Der Import von Kohle, die bekanntlich Italien nicht besitzt, ist auf mehr als die Hälfte des Vorkriegesbezuges herabgesunken und beträgt heute im Monatsdurchschnitt kaum 500000 Tonnen. Der Bedarf der Eisenbahnen erfordert 200000 Tonnen, der Gasanstalten 100000 Tonnen und der Kriegs- und Handelsmarine 60000 Tonnen monatlich. Für die Industrie würden nach dieser Verteilung somit nur 140000 Tonnen oder etwa ein Viertel bis ein Fünftel des Gesamtbedarfes verbleiben. Tatsächlich ist aber der Kohlenverbrauch bei der Eisenbahn, freilich nicht ohne empfindliche Betriebsstörungen, eingeschränkt und auch an anderen Enden gekürzt worden, so daß die italienische Industrie sicherlich mehr Kohle erhalten hat, als bloß die angeführte Menge. Aber nicht nur der Mangel an Kohle allein, sondern die Brennstoffknappheit überhaupt hat die Möglichkeit einer Mehrproduktion verhindert. Italien ist zwar reich an „weicher Kohle“, und elektrische Kraft ist auch nach Möglichkeit der Industrie zugeführt worden, doch handelt es sich im Verhältnis zum Bedarf immer nur um beschränkte Strommengen; überdies kann bei verschiedenen Fabrikationsprozessen Elektrizität nicht verwendet werden, und auch Holz läßt sich vielfach nicht als brauchbares Ersatzmittel verwenden; daher findet Petroleum immer mehr Verbreitung, aber keiner von diesen Brennstoffen stand in solchen Mengen zur Verfügung, daß eine nennenswerte Erleichterung in der Versorgung eingetreten wäre. Was den zweiten wichtigsten Rohstoff, Eisen und Stahl, betrifft, so konnte Italien seinen Verbrauch durch die eigene Industrie nicht decken, während die Einfuhr aus England und den Vereinigten Staaten, den hauptsächlichsten Lieferanten, sehr erschwert war, wodurch die Maschinenfabrikation stark beeinträchtigt wurde.

Ein recht schwieriges Problem ist für Italien die Transportfrage. Die italienische Handelsflotte ist für die Bedürfnisse des Landes zu klein; andererseits war es Italien bei der allgemeinen Nachfrage nach Frachtraum auf der ganzen Welt und den hohen Frachtpreisen fast unmöglich, sich die nötige Anzahl von Schiffen zu verschaffen. Im Innern ist die Situation ähnlich; der Wagenpark der italienischen Bahnen ist völlig ungenügend und überdies teilweise infolge lange unternommener Ausbesserungen in abgenutztem Zustand, was gefährliche Transport-

störungen zur Folge hat. In den Häfen, namentlich in Genua, flauen sich infolge unzureichender Abfuhrmöglichkeit die Waren oft in bedenklichem Umfang. Zwar hat private Initiative diesem Übel abzuhelfen versucht, indem eine Transportgesellschaft unlängst 150 Motorfahrzeuge erwarb, von denen 50 bereits zwischen Mailand und Genua verkehren, doch ist das Unternehmen den Anforderungen eines Massenverkehrs nicht gewachsen und kann deshalb zu einer wesentlichen Besserung der Verkehrsverhältnisse nicht beitragen, die einzig und allein von einer umfassenden Reorganisation des Eisenbahntransportwesens zu erwarten ist.

## Der russisch-polnische Krieg.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Die Russen machen trotz der ärmlichen Nachrichten, die die Polen von der Haltung ihrer Armeen geben, immer weitere Fortschritte. An der Tatsache, daß auch Warschau bedroht ist, kann nicht mehr gezwifelt werden. In der Nähe von Grodno haben die Roten Truppen weitere Fortschritte gemacht. In Wilna allein haben sie 15000 Gefangene gemacht. Auch an der Südfrente machen sie Fortschritte. Trotzdem scheinen die Russen zu Verhandlungen geneigt zu sein. Nach einem Radio-Telegramm wird die polnische Regierung Bevollmächtigte zu einem von den Russen bezeichneten Ort entsenden. Auch die russische Regierung hat sich bereit erklärt, die Zeit festzusetzen, zu der sie mit den Polen in Verhandlungen treten wolle. Der Minister des Äußeren, Litwinow, hat inwieweit an die polnische Regierung auch formell die Mitteilung ergehen lassen, daß die russische Oberste Seeresleitung bereit sei, mit den Polen Verhandlungen einzugehen, die zu einem Waffenstillstand und endgültigen Frieden führen werden. Ob diese Verhandlungen nun wirklich in den nächsten Tagen stattfinden, muß abgewartet werden. Nebenfalls das eine wird sich die polnische Regierung und der polnische Generalstab sagen, daß von einer wirklichen Hilfe durch die Entente, die ja an Versprechungen stets reich gewesen ist, gar keine Rede sein kann. Die Entente wird sich auch davon überzeugen haben, daß es der deutschen Regierung mit ihrer Neutralitätserklärung ergeht ist, und besonders das Verhalten der Eisenbahner dürfte ihnen kein Zweifel gelassen haben. Daß im Falle einer Verletzung der deutschen Neutralität ein allgemeiner Eisenbahnerstreik ausbrechen würde, der von vornherein das Vorhaben der Entente unmöglich gemacht hätte, ist sicherlich bei auch der erweiterten Vorstand des Eisenbahnerverbandes, dem mehr als 1/2 Millionen Eisenbahnbeamte und Arbeiter angehören, am Sonntag eine Entschlossenheit fast einstimmig angenommen, in der die deutsche Haltung in dem russisch-polnischen Kriege als die allein richtige anerkannt und erklärt wird, daß der Verband es für eine unbedingte Notwendigkeit halte, jede Verletzung der Neutralität durch Transporte von Truppen oder Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Spannend sollen die Äußerungen über die deutsche Note Beratern, in der die deutsche Regierung die Gründe für die militärische Verstärkung der Ostgrenze darlegt hat. Wie verlautet, soll man in London der Ansicht sein, daß dieses Ergehen in gewissem Grade mit der Erklärung des deutschen Ministers des Äußeren, daß Deutschland die Durchführung alliierter Truppen durch deutsches Gebiet nicht gestatten könne, im Widerspruch stehe. Das ist natürlich englische Spekulation; denn tatsächlich ist von der deutschen Regierung eine ganz klare Erklärung über ihre Haltung abgegeben worden. Dabei war von englischer Seite nur der Wunsch der Vater des Gedankens.

## Das deutsche Waffen-Ausfuhr- und Durchfuhrverbot.

Berlin, 26. Juli. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat unterm 25. Juli eine Verordnung erlassen, nach der im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Sowjetrußland die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfes verboten wird, soweit diese Gegenstände für die Gebiete eines der beiden kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung hat mit dem Erlaß dieses Verbots von der ihr nach dem anerkannten Völkerrecht zustehenden und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages unberührt gebliebenen Befugnis Gebrauch gemacht. Dadurch ist jeder Möglichkeit vorgebeugt, daß eine kriegführende Partei vor der anderen durch Zufuhr von Waffen usw. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

## Die Haltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 25. Juli. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der mehr als eine halbe Million Beamte und Arbeiter vertritt, hat unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahnen des ganzen Reiches in feierlicher Sitzung folgende Entschlüsse mit 72 gegen 1 Stimme angenommen: Die deutsche Regierung hat für Deutschland die Neutralität gegenüber Polen und Rußland erklärt. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hält diese Politik als die für Deutschland einzig richtige und erklärt es für eine unbedingte Notwendigkeit, jede Verletzung der Neutralität durch Transporte von Truppen oder Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Zeit, jede Verletzung der Neutralität durch Transporte von fremden Truppen oder Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

## Offpreußen.

Königsberg, 26. Juli. Der Befehlshaber des Wehrkreises I, Generalmajor v. Dassel, hat anlässlich der Verhängung des Ausnahmezustandes über Ostpreußen einen Wehrkreisbefehl erlassen, in dem er sagt, daß er in seiner Weite beachtliche, in den augenblicklichen Streit einzugreifen, aber er warte, daß die Ruhe und Ordnung in der Provinz nicht in einem Augenblick gefährdet werde, da die Gefahr bestehe, daß Verbände unserer Grenzen dringen und unser blühendes Land verheeren. „Wir wollen und werden“, so heißt es weiter, „unsere Frauen und Kinder, unsere Arbeit und Heimat schützen. Für völkerverfeindliche und menschenverachtende Verbrechen und ausländischer Agenten bekämpfen wir uns. Ihnen rufen wir zu: „Hände weg von Ostpreußen!“

## Ein Demenk.

(Staatsbericht.) Berlin, 26. Juli. Die Timesmeldung, daß auf Seiten der Bolschewisten höhere deutsche Offiziere kämpften und daß Ende Februar 40 deutsche Offiziere in Verletzung in Helsingfors angekommen und von dort nach Rußland weitergereist seien, ist falsch.

## Die Prüfung des deutschen Ersuchens.

Amsterdam, 26. Juli. Der Londoner drahtlose Dienst meldet: Wie verlautet, wird das an die Alliierten gerichtete Ersuchen der deutschen Regierung um Zustimmung zur Verstärkung der deutschen Truppen in Ostpreußen gegenwärtig von den Alliierten geprüft. Man ist der Ansicht, daß das Ersuchen in gewissem Grade mit der Erklärung des deutschen Ministers des Äußeren, daß Deutschland die Durchführung alliierter Truppen durch deutsches Gebiet nicht gestatten könne, im Widerspruch stehe.

## Der polnische Heeresbericht.

Warschau, 24. Juli. (Amtlich.) Nach schweren Kämpfen nahmen Abteilungen des Obersten Luczynski die auf dem südlichen Ufer des Niemen gelegenen Forts von Grodno. Übergangsversuche des Feindes über den Niemen bei Dubno (20 Kilometer südlich des Flusses Nijwa) wurden vereitelt. Starke bolschewistische Angriffe in der Gegend von Mosty wurden abgewehrt. Der Feind, der mit bedeutenden Streitkräften die Schtowa bei Slonim überschritt, setzte seine Angriffe fort. Augenblicklich tobt dort ein erbitterter Kampf. Südlich des Priepel wurde der Feind im Gegenangriff aus Keschjewa hinausgedrängt. In der Stryline verhält sich der Feind passiv. In der Gegend von Dubno nimmt der Kampf mit bolschewistischer Kavallerie eine günstige Wendung. Aus Chotyń, Mozin und Mober wurde der Feind hinausgedrängt. Die Bolschewisten greifen mit 3 Regimentern und bedeutender Kavallerie und Artillerie zwischen Woloschisch und Wollowes an. Wir mußten unsere Stellungen aufgeben. Im Gegenangriff wurde der Feind über den Brzeg zurückgedrängt und die Lage wiederhergestellt. Die Gewaltangriffe des Feindes bei Walsunja sind abgewehrt. Der Feind konnte das westliche Ufer des Brzeg nicht gewinnen. Beiderseits waren die Verluste bedeutend.

## Befehlsmäßiger Rückzug der Roten Armee.

Paris, 26. Juli. Nach einem Funkpruch aus Moskau zieht sich die Rote Armee auf Befehl des bolschewistischen Oberkommandos zurück.

## Polens Vertreter.

London, 25. Juli. (Havas.) Die polnische Regierung wird Vertreter, die mit Vollmachten ausgestattet sind, an den von der russischen Regierung zu bezeichnenden Ort senden. Die russische Regierung wird ebenfalls die Zeit festsetzen, zu der sich die polnischen Vertreter an diesen Ort begeben sollen.

## Rumänien trifft Sicherheitsmaßnahmen.

Bukarest, 25. Juli. Die Telegraphenagentur Damian meldet: Unter dem Vorhitz des Königs fand ein Ministerrat statt, der sich hauptsächlich mit der durch die Ereignisse an der polnischen Front hervorgerufenen Lage beschäftigte. Take Jonescu soll darüber ein ausführliches Exposé gehalten haben. Einzelheiten sollen aber nicht veröffentlicht werden. Obwohl die Lage für Rumänien durchaus nicht besorgniserregend erscheint, wurden Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

## Amerika.

Rotterdam, 25. Juli. Reuter meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat das Ersuchen Polens um moralische Unterstützung ernstlich in Erwägung gezogen. Man erwartet, daß die Entscheidung bald erfolgen wird.

zugewandt, die männlichen Arbeiter sind an ihre alten Arbeitsstätten zurückgekehrt, ohne indes ihre alten Eigenschaften und ihre alte Leistungsfähigkeit mitgebracht zu haben. Ständige Unzufriedenheit unter Arbeitern und Angestellten hat die Streikluft gefördert, der Arbeitstag ist auf 8 Stunden beschränkt worden und eine Lohnerhöhung folgt der anderen; nichts läßt darauf schließen, daß diese Bewegung bald zum Stillstand kommt.

Trotzdem Italien keinen großen Reichtum an Eisenerzen besitzt und, wie sich erhört, in der Kohlenfrage völlig vom Ausland abhängig ist, vermochte es eine blühende Eisen- und Stahlindustrie zu entwickeln, die ihm im Kriege wertvolle Dienste geleistet hat. In Zukunft hofft Italien, in der Eisenerzversorgung durch bessere Ausbeutung seiner eigenen Erzlagerstätten sich um ein gut Teil von der fremden Abhängigkeit zu befreien. Die Vorarbeiten zu einer umfassenden Aufbarmachung der Cogne-Wäsen im Tal von Mosta, die angeblich reiche Vorräte an hochwertigem Erz bergen, schreiten rüstig fort. Es wird selbstverständlich notwendig sein, die auf dieser neuen Grundlage sich entwickelnde Eisenindustrie durch Zollmaßnahmen oder in sonst irgend einer Form zu schützen; eingehende Beratungen hierüber haben schon stattgefunden, doch ist ein endgültiges Programm noch nicht aufgestellt worden. Die Maschinenindustrie, die natürlicherweise eine Übergangsphase von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft erlebte, arbeitet zurzeit ziemlich lebhaft, kann jedoch wegen Rohstoffmangels und der unzureichenden Arbeiterverhältnisse nicht ihre volle Leistungsfähigkeit entfalten. Es fehlt vielfach an Qualitätsarbeitern, die hohe Löhne erhalten. So verdient heute in Italien ein erfahrener Mechaniker 22 Lire pro Tag gegen 10 Lire vor dem Kriege. Die wichtigsten Zeugnisse, die durch die Herstellung von Kriegsbedarf verdrängt worden waren, sind Eisenbahnmateriale und landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, nach denen jetzt eine außerordentlich große Nachfrage herrscht. Eine regelmäßige Produktion kann natürlich nur stattfinden, wenn das Rohmaterial ständig hereinkommt; unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber wird der Produktionsprozeß häufig dadurch, daß die zur Fertigstellung eines Stückes benötigten Teile nicht geliefert werden, unterbrochen. Dieser Umstand macht sich vor allem in der Fahrzeugindustrie unangenehm bemerkbar, die ihre heute so unentbehrlichen Erzeugnisse bisweilen in halbfertigem Zustand stehen lassen muß. Wo eben möglich, behelfen sich die italienischen Fabrikanten mit Holz anstelle des Eisens; aber auch dieses ist heute nur äußerst schwer zu bekommen. Italien ist hierin augenblicklich fast nur auf seine eigenen Quellen angewiesen, da Österreich und die Balkanländer, die sonst zu drei Vierteln den Bedarf des Landes an Holz deckten, zu nennenswerten Lieferungen nicht herangezogen werden können. Erwähnenswert ist, daß der Brennstoffmangel in einzelnen Maschinenfabriken zur Verwendung von elektrisch betriebenen Pressmaschinen als Ersatz erzwungen führte. Diese Anlagen haben sich gut bewährt, ihre Anschaffungskosten sind amortisiert, sobald die alten Dampftriebsanlagen wieder vorteilhaft benutzt werden können, sobald der Kohlenpreis auf eine vernünftige Höhe herabgesunken ist.

Die Baumwollindustrie, Italiens bedeutendste Industrie, konnte dank genügender Zufuhr von Baumwolle gut beschäftigt werden. Allerdings haben auch hier Arbeiterunruhen sowie die Einführung des Achtstundentages einen entsprechenden Produktionsrückgang bewirkt. Infolge des gestunkenen Wertes der Lira müssen auch vielfach die geplanten Verbesserungen in den Betriebsanlagen, Arbeiterwohnvorrichtungen und dergleichen einfallen unangeführt bleiben. Die italienische Seidenindustrie ist durch die letzte Rohseidenerte, die weit unter dem Durchschnitt ausfiel, da die Landbevölkerung gerade zur Zeit der Maulbeerbätterernte streikte, ungünstig beeinflusst worden. Dies fällt für Italien umso mehr ins Gewicht, als es zur Beschaffung von Auslandskrediten auf den Rohseidenexport angewiesen ist. Im ersten Halbjahr 1919 stand der Seidenmarkt noch unter dem Einfluß der großen Kriegsvorräte, die der Staat zum Schutze der Industrie und zur Hochhaltung der Preise aufkaufte; nachdem die Gefahr eines Preissturzes bei der Liquidation dieser Vorräte beseitigt war und eine starke Nachfrage nach Rohseide, besonders in Nordamerika, eingeleitet hatte, gingen die Preise schnell in die Höhe. Der wachsende Inlandsverbrauch an fertigen Seidenwaren, der sich aus der gesteigerten Kaufkraft gewisser Schichten erklärt, hat zur Ablehnung weiterer Aufträge für 1921 durch die italienischen Seidenfabrikanten geführt.

Italiens Papierindustrie hat unter der Einstellung des Zellstoffimportes, der für den früheren Deutschland und Österreich in erster Linie in Betracht kamen, sehr zu leiden gehabt. Namentlich die Herstellung von Zeitungsdruckpapier war und ist immer noch völlig unzureichend. Auch der Bedarf an Schreibpapier, dessen Fabrikation zugunsten der Herstellung des ersten während des Krieges erheblich eingeschränkt worden war, kann noch nicht wieder hinreichend gedeckt werden.

Zum Budget 1920/21 beziffern sich nach den Erklärungen des italienischen Finanzministers Meda in der Kammer die Einnahmen für das neue Rechnungsjahr auf 1.200 Milliarden Lire.

Die heutige Nummer unserer Wochenschrift „Die Pyramide“ besteht aus 6 Seiten.

jah auf 10500 Millionen Lire, wovon 7500 Millionen auf das gewöhnliche Budget entfallen, 1500 Millionen aus außerordentlichen Einnahmen und weitere 1500 Millionen aus dem Verkauf von Kriegsmaterial und dergleichen herrühren. Die laufenden Ausgaben sind im gewöhnlichen Budget mit 9535 Millionen Lire eingelegt, wozu noch 2000 Millionen außerordentliche Ausgaben kommen. Daneben bestehen noch außerordentliche Ausgaben, die durch das Kriegsabwicklungsverfahren bedingt sind und nach vorläufiger Schätzung 13200 Millionen betragen; sie setzen sich in der Hauptsache aus folgenden Posten zusammen: 5500 Millionen Lire Ernährungszuschuß, 800 Millionen Lire Lebensmitteltransportkosten, 2850 Millionen Lire Krieg und Marine, 2000 Millionen Lire besetzte Gebiete, 1300 Lire Seetrachten. Nach dieser Aufstellung ergibt sich ein Defizit von ungefähr 14 Milliarden Lire.

### Auswärtige Staaten.

**Clemenceau Rückkehr ins parlamentarische Leben.**  
Paris, 25. Juli. Der „Clair“ will wissen, daß Clemenceau, der sich gegenwärtig in St. Raphael am Mittelmeer aufhält, sich auf seine Rückkehr in den Senat vorbereitet. Das Blatt nennt bereits den Namen des Senators, dem Clemenceau seinen Platz ablassen werde.

**Kein Jubiläum der 3. französischen Republik.**  
Paris, 25. Juli. Nach dem „Echo de Paris“ ist es fraglich geworden, ob das Jubiläum der dritten Republik feierlich begangen wird. Es machten sich gewisse Zweifel geltend, ob man in der jetzigen Zeit berechtigt sei, große Geldbeträge zu veranschlagen. Außerdem dürfte man nicht vergessen, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten gewisse Rücksichten erfordere, jedoch man ihn nicht vor die Frage stellen dürfe, sich bis zum 4. September zu entscheiden, ob er bleiben oder sein Amt niederlegen wolle, wenn man diesem Tage den Charakter eines großen Nationalfestes geben werde.

**Aufhebung des Einfuhrverbotes in Frankreich.**  
Paris, 26. Juli. „Journal Officiel“ veröffentlicht gestern vormittag ein Dekret, durch welches das Einfuhrverbot für die meisten Artikel aufgehoben wird. Es bleibt nur bestehen für eine Anzahl von Luxusartikeln, wie Perlen, Edelsteine, Stickereien, Antiquitäten, künstliche Blumen und teure Früchte. Auf andere Luxusartikel wird erhöhter Zoll gelegt, den man durch die Erhöhung der Preise rechtfertigt. Es handelt sich um etwa 50 Artikel. Im ganzen fernzeichnet die Havasmeldung das Dekret dadurch, daß sie erklärt, man lehre dadurch in großen und ganzen wieder zum normalen Zustand zurück.

**Der türkische Kronrat für die Unterzeichnung des Friedensvertrages.**

Amsterdam, 25. Juli. Die „Times“ melden aus Konstantinopel: An dem Kronrat, der sich für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausspricht, nahmen 50 Personen teil, darunter die Minister, zwei religiöse Großwürdenträger, vier ältere Generale und der Großwesir. Der Großwesir verlas die Erklärung, worin es heißt, daß die Regierung beschloßen habe, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, um Schlimmeres zu verhindern. Verschiedene Anwesende erklärten ebenfalls, daß, obwohl die Bedingungen hart und unbillig seien, nichts anderes übrig bliebe, als zu unterzeichnen. Lediglich der General Niza Pascha erklärte, daß der Friedensvertrag nicht angenommen werden dürfe; er stimmte allein dagegen.

**Einnahme von Damaskus.**  
(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 26. Juli. Nach einer hier eingelaufenen Meldung haben die französischen Truppen Damaskus eingenommen.

**Die Schlacht bei Adrianopel.**  
Paris, 26. Juli. Nach einer Havasmeldung aus London berichtet der Konstantinopel Korrespondent der „Daily Express“, daß die Schlacht in der Umgebung von Adrianopel andauere. Der Widerstand der Türken

### Lizt-Anekdoten.

In den von Wilhelm Meyer herausgegebenen „Charakterbildern großer Tonmeister“ (Verlag Weidagen u. Rafina, Bielefeld und Leipzig) werden nachstehende hübsche Lizt-Anekdoten erzählt:

Als Lizt als junger Mann in Paris lebte, bat ihn einst ein Straßenfeger um ein Almosen. „Lieber Freund“, versetzte er, „ich gab's Euch gern; doch habe ich nur eine Kratzschabe mitgebracht.“ — „So lassen Sie mich wechseln gehen!“ war die rotsche Antwort. „Aber was geschieht in diesem mit meinem Beisen?“ — „Wacht nur zu, ich will ihn Euch halten.“ — Der Mann ließ mit der Bantnote davon, und der bekannte, von ganz Paris bewunderte Künstler stand mit dem Beisen in der Hand auf einem der belebtesten Boulevards. So traf ihn ein Freund, der seinen Augen nicht traute und sich verwundert nach der Ursache des Anzuges erkundigte. „Du Leichtsinniger“, rief er lachend, als er den Bergang erfuhr. Da brachte der Straßenfeger das gewechselte Geld und besetzte Lizt mit der wunderlichen Waffe. „Da, nehmt Euren Beisen und das dazu!“ rief Lizt und ließ die Hälfte der Summe, obwohl sie augenblicklich seinen ganzen Besitz ausmachte, in der Hand des eheflichen Besizers zurück, zu dessen nicht geringem Erstaunen.

Als Lizt 1844 in Bonn weilte, erhielt er den Besuch einer Donner Dame, die ihm von der glänzenden musikalischen Veranlagung ihrer Tochter erzählte und ihn um die Erlaubnis bat, sie zu einer Klavierprobe vorstellen zu dürfen. Lizt gewährte die Bitte. Aufgig hörte er den Vortrag der jungen Dame an und sagte dann mit seinem gewinnenden Lächeln: „Madame, verheiraten Sie ihre Tochter!“

Im Jahre 1838, kurz nach der Trennung der unglücklichen Ehe George Sands, kam diese nach Genf, um dort Lizt zu besuchen, der mit seiner Freundin,

in Othrazioen werde gebrochen. Die schwere griechische Artillerie habe die türkischen Verschanzungen an der Maritsa zerstört.

### Die Schantungbahn.

(Eigener Bericht.)  
1 Berlin, 25. Juli.  
Die Nachricht, daß die Entschädigung der Schantungbahn unmittelbar bevorstehe, ist falsch. Die zwischen Regierung und Gesellschaft eingeleiteten Verhandlungen gehen auf eine Ermittlung des Wertes der Eisenbahn und Bergwerke.

### Arbeiterentlassungen in Amerika.

Washington, 25. Juli. Es bestehen verschiedene Anzeichen für den baldigen Ausbruch eines großen Kampfes in den Vereinigten Staaten zwischen Kapital und Arbeit. Die Pennsylvania Railway Company hat 12000 Arbeiter, das heißt, 10% der gesamten Arbeiterkraft gekündigt, um die Betriebskosten um 3 Millionen Pfund Sterling zu verringern und wegen ungenügender Leistungen der Arbeiter. Die Gesellschaft erklärt, die einzige Möglichkeit, mit Vorstandsverhältnissen zu rechnen, sei, die Zahl der Arbeiter durch Entlassung der unwilligen Elemente zu verkleinern. Auch in der Stahlindustrie drohen Unruhen. Der Sekretär Tozier, Führer im letzten Streit bei der United States Steel Company, der mit einem Sieg der Korporation endete, agitiert wieder und sucht die Unterstützung der Eisenbahner. Er will diese veranlassen, mit den Stahlarbeitern zusammenzugehen, um eine vollständige Stilllegung der Stahlwerke zu erreichen durch die Verhinderung des Transportes von Rohstoffen. Da auch die nun stark organisierten Kohlenbergleute die Stahlarbeiter unterstützen wollen, befürchtet man eine außerordentliche Schärfe des Streiks.

### Goldausfuhrverbot aus Kanada.

Notterdam, 25. Juli. Reuter meldet aus Ottawa: Die Ausfuhr von Gold aus Kanada ist bis 1921 außer auf besondere Ermächtigung verboten.

### Deutsches Reich.

#### Das amtliche Wahlergebnis.

Der Reichswahlleiter Dr. Bräutigam hat heute eine Zusammenkunft unter dem Titel „Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920“ veröffentlicht, die das endgültige amtliche Wahlergebnis enthält. Danach betrug die Zahl der im ganzen abgerechneten gültigen Stimmen 28 017 500. Für die einzelnen Parteien betrug die Zahl der Mandate

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	5 614 458	77
Zentrum	3 510 830	47
Demokraten	2 202 884	20
Deutschnationale	3 796 778	46
Deutsche Volkspartei	3 006 316	47
Unabhängige Kommunisten	4 895 317	0
Kommunisten	441 985	1
Baurländer Bdb.	218 884	3
Sannov. Landess.	319 100	4
Christl. Volksp.	95 219	—
Baurländ. Volksp.	1 171 722	18

Daneben sind als Vertreter der Wahlkreise, in denen am 6. Juni wegen der Abstrimmung über die Reichszugehörigkeit noch nicht gewählt worden ist, aus der Nationalversammlung 11 Mitglieder des Reichstages vorläufig verbleiben: 19 Sozialdemokraten, 8 Mitglieder des Zentrums, 9 Demokraten, 4 Deutschnationale, 2 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, 10 das dem Reichstag angehören:

Sozialdemokraten	113
Zentrum	97
Demokraten	45
Deutschnationale	66
Deutsche Volkspartei	62
Unabhängige Kommunisten	81
Kommunisten	2
Baurländ. Bauernbund	4
Deutschnov. Landess.	5
Baurländ. Volkspartei	21
<b>Gesamt</b>	<b>466</b>

der Gräfin d'Agoult, in einem Hotel Aufenthalt genommen hatte. Ihr Reiseskizzen mußte einigen Anstöß erregen. Sie trug eine blaue Bluse, Weinkleider und ein paar sehr solide Stiefel. Lizt und die Gräfin waren nach Chamounix abgereist, wohin die Gräfin ihn folgte. Als man sie dort im Gasthause fragte, zu wem sie wolle, antwortete sie: „Zu einem Herrn mit langen weißen Haaren, zerlumelten Hute und freckhäftiger Halsbinde; er trallert meist mit angenehmer Stimme vor sich her.“ Dies Signalement genügte. Der Wirt antwortete: „Der wohnt Nr. 13.“ — Die fremde Dame mit den fetigen Stiefeln und dem auffallenden Ansehen stieg die Treppe empor und wurde von dem Paar jubelnd empfangen. George Sand schildert selbst die Szene später einmal mit folgenden Worten: „Wir bildeten eine unentwirrbare Gruppe von Umarmungen, während das Stubenmädchen ganz verblüfft war, daß ein schlecht gekleideter Burche, den sie für einen Noschnedts gehalten, eine so feine Dame wie die Gräfin geküßt habe. Sie ließ vor Bestürzung das Licht fallen, ging hinaus und sagte zu dem übrigen Gesinde, da auf Nr. 13 sei eine nette Gesellschaft beisammen. Zwei seien gar nicht gekannt, und man wisse nicht, welches der Mann und welches die Frau sei. Der Koch sagte verächtlichen Tones: „Komödiantentoll“, und seine Ansicht ist richtig durch.“

Hoforganist Wilhelm Gottschalk in Weimar erzählt folgende Anekdoten von Lizt: Karl Taubig, der Lieblingshörer Lizts, befand sich einmal in Gelbverlegenheit und verlangte einen Haufen eigener Noten sowie seines Meisters Partitur zum „Faust“ einem Diener für fünf Taler. Da ich davon hörte, kaufte ich sie sofort zurück. Dann ging ich zu Lizt in der Absicht, ihm zu sagen, daß ich die Partitur habe. Zufällig hatte am selben Tage der Verleger darum geschrieben und Lizt suchte überall nach und lehrte das ganze Haus um. Er befand sich in einer entseflichen Stimmung, weil die Partitur sich nirgends fand. „Die Arbeit eines ganzen Jahres verloren!“ rief er

Von den 466 Mitgliedern des Reichstages sind 329 in den Wahlkreisen gewählt, 44 haben ihr Mandat durch Verrechnung von Reststimmen in den Wahlkreisen erhalten. Außerdem gehören 42 Mitglieder der Nationalversammlung aus Wahlkreisen, in denen am 6. Juni nicht gewählt worden ist, dem Reichstag an. Die Zahl der am 6. Juni für kleinere Parteien abgegebenen Stimmen beträgt nach den amtlichen Ermittlungen des Reichswahlleiters für die Deutsche Mittelstandspartei 11 070 (allein im Wahlkreis Breslau), die Deutsche Wirtschaft- und Arbeitspartei (Arbeitspartei) in zwei Wahlkreisen 42, die Nationaldemokratische Volkspartei (in sechs Wahlkreisen) 3998, die Deutsche Wirtschaftspartei (in fünf Wahlkreisen) 88 652, die Deutsche Sozialistische Partei (in fünf Wahlkreisen) 7916, die Bauern Volkspartei (in drei Wahlkreisen) 8052, die Bauernpartei (in sechs Wahlkreisen) 76 497, eine „Reformgruppe“ (allein in Pommern) 6814, die Christlich-sozialistische Volkspartei 1228, eine „fraktionslose“ Partei (in Koblenz-Trier) 109.

### Dorten verhaftet.

Frankfurter Blätter lassen sich aus Wiesbaden melden: Am Samstag nachmittag wurde Dr. Dorten vor seiner Wohnung in Wiesbaden von drei deutschen Polizeigebühren, die ihn in ein Automobil schoben und sofort auf unbefestigtes Gebiet brachten, verhaftet. Die deutschen Behörden von Wiesbaden behaupten, von dieser Verhaftung, die von Frankfurter Polizeigebühren auf Befehl des Leipziger Reichsgerichts durchgeführt worden sei, nichts zu wissen. Die Verhaftung erfolgte wegen politischer Vergehen aus der Zeit des Waffenstillstandes. Die Verhaftung dieses edlen Franzosen wurde natürlich den Franzosen gar nicht. In Pariser qualitätsvollen Kreisen wird bereits erklärt, daß, selbst wenn die deutsche Geseßgebung auf das besetzte Gebiet anwendbar wäre, kein deutsches Geseß erlaube, in diesem Gebiete unter Bedingungen zu einer Verhaftung zu schreiten, die eine wahre Falle darstellte. Außerdem belege eine Verordnung der Rheinlandkommission, daß kein auf die Waffenstillstandsperiode zurückgreifendes Vergehen politischer Natur, das von den Besatzungsbehörden nicht bestraft worden ist, Gegenstand nachträglicher Verfolgung durch die deutsche Regierung sein könne. Ferner wird erklärt, daß die Angelegenheit des Dr. Dorten in das Ressort der Rheinlandkommission gehöre, die ihr Urteil in derselben noch nicht gefällt habe. Und schließlich findet man es merkwürdig, daß die deutschen Behörden gerade nach der Erklärung Willerands, daß Frankreich keinerlei juristische Verbrechen in den Rheinlanden verfolge, zu der Verhaftung Dortens entschritten sind unter Bedingungen, die ihr den Anspruch einer wahren Herausforderung gäben.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir daran erinnern, daß Dr. Dorten am 1. Juli 1919, also reichlich vor einem Jahr, mit seiner Proklamation der Rheinischen Republik hervorgetreten ist. Diese Proklamation war damals von ihm als erster Präsident unterzeichnet worden. Er hatte unter dem wohlwollenden Schutze der französischen Okkupationsbehörden Anhänger für seine Idee gewonnen und in seiner Propaganda besonders den wirtschaftlichen Vorteil hervorgehoben. Dr. Dorten fand eine gewisse Anhängererschaft, aber seine Herrschaft dauerte nicht lange. Angesichts der Enttäuschung, die auch im Rheinlande, insbesondere unter der Arbeitererschaft, über das veräzterliche Treiben auftrat, sah sich das rheinische Zentrum veranlaßt, die seiner Partei angehörenden Dortenenergie energisch abzuwehren. Damit war aber die Idee Dortens gescheitert und auch in Paris ließ man ihn fallen. Gegen Dorten wurde später ein Verfahren wegen Hochverrats vom Reichsgericht eingeleitet und ein Haftbefehl erlassen, der aber bisher nicht vollstreckt worden konnte, weil Dorten sich wohlweislich hütete, die besetzte Zone zu verlassen. Nun hat ihn das Schicksal ereilt.

### Angelegtenversicherung — Die Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt.

Dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angelegte wird mitgeteilt:

In letzter Zeit häufen sich Nachrichten aus dem Reich, nach denen in der Tagespresse von offenbar nicht infor-

mierter Seite folgende Mitteilungen über die Angelegtenversicherung verbreitet werden:

„Nach dem letzten Geschäftsbericht der Reichsversicherungsanstalt für Angelegte auf das Jahr 1918 betragen die Beiträge 161 253 051 Mark. Man kann annehmen, daß die Ausgaben für die Gebälter und Löhne der Beamten und Angestellten der Anstalt einschließlich der sonstigen Verwaltungsausgaben (Miete für Büroräume, Versicherungen usw.) mindestens 40 Millionen Mark oder ¼ der gesamten Beitragseinnahmen betragen.“  
Diese Ausführungen sind unrichtig.  
Die Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angelegte haben im Jahre 1918 mit Einschluß der an Kriegsteilnehmer fortgeschickten Gebälter und der Teuerungszulagen in Höhe von 5 734 830,77 Mark insgesamt 11 042 511,34 Mark betragen (Bericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angelegte über das Geschäftsjahr 1918, Amtliche Nachrichten der Reichsversicherungsanstalt für Angelegte, 7. Jahrgang, August 1919, Seite 133). Die Reineinnahmen aus Beiträgen betragen 159 782 976,34 Mark, so daß nicht ¼ der Beiträge, sondern nur 6,9 Prozent oder von jeder Mark Reineinnahme aus Beiträgen nicht 25 Pfennige, sondern nur 6,9 Pfennige aufgebracht wurden. Auch für das Jahr 1919 ist die obige Ausführung trotz der gewaltigen Teigerung der Teuerungszulagen unrichtig. Es sind im Jahre 1919 von 1 Mark Reineinnahme aus Beiträgen insgesamt für Verwaltungsaufwand 8,3 Pfennige verbraucht.

### Der Entwurf zum Strafgesetzbuch.

Wie unter Mithrasener A. K. Mitarbeiter dröhelt, wird der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch im August vorgelegt werden.

### Befehlsgabe und Anzeigepflicht von Luftfahrzeuggeräten.

Die Durchführung des Protokolls von Spa vom 9. Juli 1920 macht es erforderlich, daß die bis zum 15. August 1920 im Deutschen „Reichsanzeiger“ geforderte Anmeldung von Luftfahrzeugmaterial bereits auf den 5. August 1920 verlagert wird.

### Früherverlängerung.

Die Verordnung, daß die Durchführung von Räumungsaufstellungen der Zustimmung der Einigungsämter bedarf, ist bis zum 30. September 1920 verlängert worden.

### Eine Koalitionsregierung für Thüringen.

Aus Weimar wird gemeldet, daß nach vorläufigen Verhandlungen zwischen den Fraktionen die Bildung einer Koalitionsregierung für Thüringen aus Mitgliedern der Reichsdemokraten und der Reichssozialisten bevorstehe. Der Landtag werde die Regierung am 27. Juli wählen.

### Der Deutsche Weinbauverband.

Die Deutsche Weinbauversammlung vom 28.—30. August in Würzburg abhalten. Am 28. werden die Unteraussschüsse des Verbandes über Einzel-Fachfragen verhandelt; ferner soll an diesem Tage eine Sitzung des gesamten Verbandsausschusses stattfinden. Für den 29. August ist eine öffentliche Versammlung des Deutschen Weinbauverbandes mit Vorträgen über weinbauliche Angelegenheiten und für den 30. eine Besichtigung der Weinbauschule Weinsheim bei Würzburg geplant.

### Aus den Parteien.

#### Aus der Christlichen Volkspartei.

Eine Verammlung der Christlichen Volkspartei in Koblenz hatte folgende Entschlüsse gefaßt:  
Die am 21. Juli in Koblenz versammelten Delegierten der Christlichen Volkspartei von Rhen, Koblenz, Trier und Selters-Rafina, die rund 8 Zehntel der Gesamtwahlkraft vertreten, sprechen dem Kaiser in der Person des Christlichen Volkspartei die Verachtung ab, im Namen der gesamten Partei auszusprechen. (Wesentlich hat sich die Kölner Verammlung (scharf gegen Dr. Dorten ausgesprochen und sich von diesem losgelöst). Die in der Kölner Verammlung aufgestellten Entschlüsse haben nur die Aufgabe, einen kleinen Kölner Gruppe. Von den Delegierten der übrigen Rheinlande war zu dieser Verammlung ein Teil überhaupt nicht eingeladen, ein anderer Teil verließ zum Protest die Verammlung, weil sie als rechtmäßige Vertreter nicht anerkannt werden konnte. Wir erklären hiermit folgenden: Die Christliche Volkspartei in Deutschland ist eine föderalistische Partei. Daher erstreckt sich der Wiederanbau des Deutschen Reiches auf föderalistischer Grundlage unter Behrnung der Stammesorganisation. Die Bildung eines eigenen Reiches ist ein Bundesstaatsziel ist nur die unbedingte notwendige Folge dieses Prinzips. Daher erstreckt die Christliche Volkspartei im Rheinlande die Schaffung des Rheinischen Staates als Bundesstaat

#### Professur Dr. Hans Ahrens, der Direktor des zahnärztlichen Instituts der Universität Heidelberg, ist im Alter von 37 Jahren gestorben. Er war erst vor einem Jahr mit der Leitung des zahnärztlichen Instituts betraut worden.

Einem wertvollen Beitrag zu der von Steinach aufgeworfenen Frage der Vererbung veröffentlicht Prof. Dr. Richard Nisham von der Chirurgischen Abteilung des Berliner Rudolf Virchow-Krankenhaus im neuen Heft der deutschen Medizinischen Wochenschrift. Er hat im Anschluß an das Graebnis Steinachs, der inkompatibel war, inwendliche wie Spätkastraten neu zu erotifizieren. Tiere nach Wunsch zu feminieren und zu masculinieren und endlich künstliche Zwitterbildung beim Tier herzustellen, ebenso wie Menschen das Geschlechtsleben des Mannes durch freie Gebenüberpflanzung zu beeinflussen versucht. In zwei operativen Fällen hat nun Nisham gleichzeitigen ausgetragener Homosexualität erreicht wurde.

#### Die Deutsche Bäckerei in finanzieller Bedrängnis.

Unter der arden Volkaas, in der sich gegenwärtig das gesamte deutsche Bäckereiwesen befindet, hat auch die Deutsche Bäckerei in Leipzig zu leiden. Der Bestand an unangelegten Werken ist so stark anwachsend, daß für die Einbindung eine Summe von 800 000 Mark erforderlich wäre. Die Früher vom Staat bewilligten Mittel sind indes aufgebraucht und neue zu beschaffen, hat sich der Handelsbankrott der sächsischen Volkammer auferhalten erklärt. Es finden nun zwischen den beteiligten Stellen Verhandlungen statt, auf welche Weise die erforderlichen Mittel hätten gemacht werden können.

Personalia. Wie wir hören, ist die Ernennung des bisherigen ord. Professors an der Technischen Hochschule in Hannover Dr. August C r i t t e n b a c h zum ordentl. Professor der Kunstgeschichte an der Universität Breslau erfolgt.

### Kunst und Wissenschaft.

#### Ludwig Ganghofer †

Der populäre Schriftsteller Ludwig Ganghofer ist in Tegernsee in der Nacht vom 24. auf den 25. Juli plötzlich gestorben. Der 1855 in Kaufbeuren geborene bairische Dichter erlangte seine ersten Erfolge mit Westbüchlein, wie dem sehr bekannt gewordenen „Gerautschneider von Oberammergau“, der „Reißende Jagd“ wurde auch schon in Karlsruhe im Hoftheater in Anwesenheit des Autors vor ein Paar Jahren hier aufgeführt. Ganghofers einfaches und bunter Erzählertalent hat ihm einen großen Leserkreis gesichert. Seine Romane aus der bayerischen Geschichte („Martinslaube“, „Lautender Berg“, „Klosterjäger“ etc.) haben hohe Auflagenzahlen erreicht. Ganghofer erstreckte sich Dank seines

Badische Politik.

Der „Tiger von Dogern“.

Der Führer des badischen Zentrums, Abg. Dr. Schöfer, gibt im „Bad. Beob.“ aus Anlaß des...

Tagung des Badischen Ratshreibervereins.

Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wurde, hält der Badische Ratshreiberverein am...

Aus Baden.

Hauptversammlung des badischen Landeswohnungsvereins.

Der Badische Landeswohnungsverein hielt am Samstag im Sitzungssaal des Landtags seine...

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Zimhoff, der sehr eingehend...

Der heutige Gurkenmarkt war stark befahren. Die Gurken waren fröhlich und infolge des raschen Wachstums schön...

Derletter Verbandstag der badischen Schneidermeister.

Im großen Saale des Hotels „Friedrichshof“ in Karlsruhe begann am Sonntag vormittag die auf...

Verband erhielt davon 5000 Mark als Grundstock für eine Unterstützungskasse für alle und...

In der Ansprache billigte Reinhard Konstant, Obleiter-Offenburg und Ernst Wozheim die Haltung des Verbandes gegenüber den Verkäufen...

Den Rassenbericht erstattete Dr. Karl Schöfer. Danach betragen die Einnahmen 13000 Mark, die Ausgaben 12000 Mark, das Reinergebnis...

Baden-Baden, 26. Juli. Am Dienstag begeht das Kloster und Zinshof der Chorfrauen vom heiligen...

Freiburg, 26. Juli. Der Badische Verband der Kohlenhändler hielt vor wenigen Tagen hier seine Hauptversammlung ab, zu der auch die...

Widmann, 26. Juli. Der von dem Raubmörder Klinte niedergeschlagene Landwirt Simon ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Nach den...

Willingen, 26. Juli. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses wurde der neue Lohnstarif der städtischen Arbeiter mit einem Mehraufwand...

Aus dem Stadtkreise.

Billige Gurken. Der heutige Gurkenmarkt war stark befahren. Die Gurken waren fröhlich und infolge des raschen Wachstums schön...

Internationale Sportwettkämpfe im Colosseum. Man schreibt uns: Die Kämpfe sind in der Phase der Endkämpfe getreten; in wenigen Tagen wird die Entscheidung fallen, wer als Sieger und Gewinner...

Brandshoben. Am 24. Juli, vormittags 10 Uhr, gerieten die auf dem Wehplatz an der Durlacher Allee gelagerten abgefeuerteten Meßbuden auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise in Brand...

Schlagerei. Eine der Kaiser- und Waldhornstraße erhielt in verfloßener Nacht ein Chauffeur von hier von mehreren Unbekannten einen Schlag auf den Kopf und einen Messerstoß in den Rücken...

Unfall. In einer hiesigen Metzgerei krönte gestern vormittag bei der Prüfung einer Kühlanlage schwefelhaltige Säure aus, die sich in die Bürstflügel, den Hof und die Wohnung ergoß.

Letzte Nachrichten.

Die Bergarbeiter und das Kohlenabkommen von Spa.

Bochum, 26. Juli. In einer Konferenz des Altten Bergarbeiterverbandes sprach Hus über das Kohlenabkommen von Spa und sagte, es dürfe das Überichtsabkommen nicht gekündigt werden.

Es wurde ein Antrag angenommen, in dem es heißt, daß sich die Bergarbeiter gegen die angebotene Gewaltspolitik der Entente, in der sie die Abjagt der Verfolgung der Bergleute erblicken, energisch zur Wehr setzen werden.

In einer neuen Entschliessung werden die Bergleute aufgefordert, im Verein mit der Organisation der Eisenbahner und Schiffleute sofort Vorkehrungen zu treffen, daß jene Landesteile, in denen sich Abspaltungsbewegungen vom Reich durchsetzen, nicht mit Kohlen beliefert werden.

Der russische Kriegsgefangenentransport aus Oesterreich.

I. Berlin, 25. Juli. Ueber die Vorgeschichte des Transportes der russischen Kriegsgefangenen aus Oesterreich ist noch folgendes bemerkenswert: Der österreichische Transport, der aus 108 Mann bestand und für den zwei Waggon genügt hätten, kam in zehn Wagen, 2. Erster und zweiter Klasse, in Stettin an.

Saarbrücken, 25. Juli. Das Amtsblatt der Regierung veröffentlicht eine Verordnung, wonach die Wahrung der Interessen der Saarbewohner im Auslande der französischen Regierung anvertraut wird.

Der „Pettit Parisien“ und die Abstimmung in Ostpreußen.

Paris, 25. Juli. In den gestrigen beiden Sitzungen der Vorkonferenz besaßte die sich mit den Maßnahmen befaßt, die infolge der Abstimmung in den Bezirken von Marienwerder und Allenstein zu ergreifen sind.

Zwischenfälle an der holländischen Grenze. Münster, 25. Juli. Im Anschluß an die von mehreren Blättern gebrachten Nachrichten über Grenz-zwischenfälle an der holländischen Grenze

bei Suderwich, in deren Verlauf ein Holländer getötet und zwei schwerverwundet wurden, wird dem B. v. zuständiger Seite mitgeteilt: Gelegentlich einer Streife an der holländischen Grenze durch grüne Polizei in der Nacht zum 17. Juli wurden die Beamten von einer Anzahl von Männern tödlich angegriffen und schließlich aus Revolvern beschossen.

Mainz, 26. Juli. (Havas.) Im Verlaufe von Kundgebungen wegen teurerer Lebenshaltung wurden zahlreiche Kaufleute geplündert. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. 9 Polizisten wurden verletzt. 30 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Gotha, 25. Juli. Das Gothaer Landesmuseum wurde nachts von Einbrechern heimgesucht, die alle Uhren, Dosen, Ringe und Armbänder von hohem Werte mitnahmen.

Reimold, 26. Juli. Die Polizei ist beim Rippischen Konsumverein großen Mehlstiebelungen auf die Spur gekommen. Nach den bisherigen Feststellungen fehlen 1200 Zentner Mehl. Wegen des Vorfalls des Vereins ist Strafantrag gestellt worden.

Bomben, 26. Juli. (Havas.) Am Sonntag abend 8 Uhr brach auf dem Stöckmarkt eine Feuersbrunst aus, die 2000 indische Magazine, die den bedeutendsten Markt in Indien darstellt, völlig zerstörte. Der Schaden wird auf mindestens 5 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Gerichtssaal.

Karlsruhe, 24. Juli. In der heutigen Sitzung der 2. Vertikalkammer des Landgerichts hier fanden folgende Fälle auf der Tagesordnung: 1. Der Hilfsarbeiter Hermann Weisshaupt aus Aue erhielt wegen fortgesetzten schweren Diebstahls eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten, abzüglich 8 Wochen Unteruchungsstrafe.

rs. Leipzig, 22. Juli. Kriegasanleihe in Werte von mehreren Hunderttausend Mark waren f. 31. aus dem Gebäude der Garnisonverwaltung in Karlsruhe gestohlen worden. Das Landgericht Karlsruhe hat am 26. März die Diebe zu entweichenden Strafen verurteilt.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe vom 26. Juli 1920: Nachdem die am Samstag vorhandenen Teilwirbel allenthalben noch im Verlaufe des Tages auch in unserem Gebiet unter freiwolker Gewitterbildung Regenfälle verursacht hatten, verlor das nördliche Tiefdruckgebiet bereits für weiter seinen Einfluss.

Tagesanzeiger.

Montag, 26. Juli. Friedrichshof-Garten. Militärkonzert. 8 Uhr. Colosseum. Ring- und Bog-Kampf 8 Uhr.

Mühneraugen. Hornhaut, Schwelen, Warzen. Kukirol. Preis M. 250.- In Apotheken u. Drogerien erhältlich. Carl Roth, Herrenstraße 26 und Wilhelm Tscherning, Amalienstraße 19.

